

Beschlußempfehlung und Bericht **des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)**

zu dem Antrag der Abgeordneten Ursula Schönberger,
Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn), Michaela Hustedt,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 13/5142 –

Keine Hermes-Bürgschaften für den Weiterbau des AKW Mochovce

A. Problem

Keine Gewährung von staatlichen Ausfuhrleistungsgarantien
(Hermes-Bürgschaften) für den Weiterbau des slowakischen
Atomkraftwerkes Mochovce.

B. Lösung

Ablehnung des Antrages.

Mehrheitsbeschluß im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 13/5142 – abzulehnen.

Bonn, den 17. Juni 1998

Der Ausschuß für Wirtschaft

Friedhelm Ost	Siegmar Mosdorf
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Siegmар Mosdorf

I.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/5142 – wurde in der 217. Sitzung des Deutschen Bundestages am 6. Februar 1998 an den Ausschuß für Wirtschaft zur federführenden Beratung und an den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie den Haushaltsausschuß zur Mitberatung überwiesen.

II.

Mit dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/5142 – soll die Bundesregierung aufgefordert werden, die beantragten Hermes-Bürgschaften für den Weiterbau des slowakischen Atomkraftwerks Mochovce nicht zu gewähren. Die Antragsteller erläutern, daß in Mochovce versucht werde, einen zu 80 % fertiggestellten Reaktor russischer Bauart mit westlicher Leittechnik auszurüsten. Ein nach identischen Plänen in Greifswald errichteter Reaktor wurde deshalb nicht vollendet, weil dieser Reaktor unter westdeutschen Sicherheitsanforderungen nicht genehmigungsfähig gewesen wäre. Es könne daher nicht in deutschem Interesse sein, das für Deutschland nicht Verantwortbare einige wenige hundert Kilometer weiter im Osten doch zu realisieren. Darüber hinaus könne es ebenfalls nicht im Interesse der Bundesrepublik Deutschland sein, eine Bürgschaft für ein Geschäft zu übernehmen, bei dem die Rückzahlung der Kredite und Bürgschaften vor

dem Hintergrund der Verschuldung der slowakischen Energiebetriebe schon jetzt sehr unwahrscheinlich sei.

III.

Der **Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat in seiner 71. Sitzung am 25. März 1998 beschlossen, auf die Abgabe eines Votums bei Abwesenheit der antragstellenden Fraktion zu verzichten.

Der **Haushaltsausschuß** hat den Antrag in seiner Sitzung am 17. Juni 1998 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS sowie bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der SPD beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

IV.

Der **Ausschuß für Wirtschaft** hat den Antrag in seiner 87. Sitzung am 17. Juni 1998 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der SPD sowie bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrages – Drucksache 13/5142 – zu empfehlen.

Bonn, den 17. Juni 1998

Siegmар Mosdorf

Berichterstatter

